

Programmteil Flüchtlinge – Stand 08.05.2017

Der Zustrom von Flüchtlingen und Wirtschaftsasylanten nach Deutschland, und damit auch in Bornheim, hält an. Was die Bundespolitik in der Flüchtlingsproblematik angeht, kann man ohne weiteres ein Staatsversagen mit Realitätsverlust nennen. Unsere Grenzen sind nach wie vor offen. Unsere „Sicherheitspolitik“ produziert ständig neue Flüchtlinge, weil wir uns an Kriegen durch Waffenlieferungen und direkte militärische Einmischungen (Regimewechsel) beteiligen. Krieg produziert Flüchtlinge, Frieden nicht! Unsere Wirtschaftspolitik in unterentwickelten Ländern schafft dort keinen Wohlstand sondern zementiert die Armut. Qualifizierte Wirtschaftsasylanten, die mangels Zukunftsperspektiven in ihren Ländern zu uns kommen, tragen zur Verschlimmerung der wirtschaftlichen Lage in ihren Herkunftsländern bei. Unkluge und nicht einhaltbare öffentliche Versprechungen von Politikern (Merkel): „*Es gibt keine Obergrenzen*“ und „*Wir schaffen das*“ locken zusätzliche Flüchtlinge und Wirtschaftsasylanten an.

Die ABB hat in der Vergangenheit das Thema Flüchtlinge in Bornheim kritisch und solidarisch begleitet:

Die ABB hat anfangs bis auf wenige Ausnahmen den Maßnahmen der Stadt zur Unterbringung von Flüchtlingen und Wirtschaftsasylanten zugestimmt. Zu Beginn der Flüchtlingskrise wurden unsere Fragen zum Thema Flüchtlinge teilweise noch befriedigend beantwortet. Anträge auf Akteneinsicht, um uns einen Überblick über die tatsächliche Lage zu verschaffen, wurden uns rechtswidrig mehrfach verweigert.

Es wurden bis auf wenige Ausnahmen alle Maßnahmen der Stadt durch sogenannte Dringlichkeitsentscheidungen getroffen. 6 Fraktionsvorsitzende trafen sich im Bürgermeisterbüro zur interfraktionellen Besprechung und unterschrieben eine Vollmacht. Damit konnte der Bürgermeister vollendete Tatsachen schaffen und Verträge abschließen. Diese Dringlichkeitsentscheidungen dürfen dann im zuständigen Ausschuss bzw. im Rat nur noch abgenickt werden. Bis Ende 2016 wurde zu allem Überfluss die Verwaltung auch noch ermächtigt, mehrfach bis zu 500.000 € auszugeben ohne ein Gremium (Rat, Ausschüsse) der Stadt einzuschalten.

Wichtige Informationen erhalten in der Regel nur noch die Fraktionsvorsitzenden, die diese Informationen dann an die einzelnen Fraktionsmitglieder weiterleiten können oder auch nicht. Kritiker innerhalb der Fraktionen erhalten diese Infos nicht! Ausschreibungen für Container etc. erfolgten nicht. Die Hersteller schreiben die Kunden an und bitten um ein Angebot. Wettbewerb wird so weitgehend ausgeschaltet.

Bürgerbeteiligung findet praktisch nicht mehr statt. Die Öffentlichkeit wird erst über neue Standorte informiert, wenn die internen Planungen bereits weitgehend abgeschlossen sind. In den Tagesordnungen des Rates und der zuständigen Ausschüsse werden inzwischen die Flüchtlingsthemen unkonkret versteckt. So verbergen sich zum Beispiel unter dem nichts inhaltlich aussagenden Tagesordnungspunkt „Vergaben im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen“ mehrere Einzelmaßnahmen mit teilweise hohen finanziellen Belastungen für die Stadt.

Über die tatsächlichen Kosten hüllt sich die Stadt weitgehend in Schweigen. Die Öffentlichkeit erfährt nicht, in welchem Umfang Gesamtkosten entstanden sind und in welcher Höhe diese von Bund und Land NRW erstattet wurden. Es wird nur noch in Prozent der Kosten geredet.

Alle wichtigen Entscheidungen werden im Rat und in den Ausschüssen nichtöffentlich behandelt. Es werden in erheblichem Umfang Kosten erzeugt, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden, obwohl keine Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Der Bürgermeister legt weitgehend willkürlich fest was öffentlich oder nichtöffentlich sein soll.

Kosten spielen bei der Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen und Wirtschaftsasylanten offensichtlich keine Rolle mehr! So manche Immobilie oder Wohnung geht an die Kommunen, die auf dem freien Markt in aktuellen Zustand so gut wie keinen Käufer oder Mieter finden würde.

Grundstücke müssen in der Not von den Kommunen zu unrealistischen Preisen angemietet oder gekauft werden. Und so mancher Verpächter von Grundstücken hat offensichtlich ab dem 10 fachen Pachtzins (gegenüber Ackerland) oder mehr auch kein Problem mehr damit, den Anliegern seines Grundstücks einen Wohncontainer für 100 Personen oder mehr mitten in Wohngebieten zuzumuten.

Kritiker wurden vom Bürgermeister massiv unter Druck gesetzt. Sie wurden zur Abgabe einer Erklärung genötigt, auf der mit 2 Unterschriften bestätigt werden sollte, dass keine nichtöffentlich eingestuft

Informationen an Dritte weiter gegeben werden dürfen, bzw. solche Informationen im konkreten Fall auch nicht an die Presse weiter gegeben wurden. Diese Unterschriften wurden von den ABB-Mitgliedern verweigert! Auch einzelne Mitglieder anderer Fraktionen haben diese Unterschriften **nicht** geleistet.

Die ABB hat zur Flüchtlingsproblematik inhaltlich und sehr umfangreich Stellung bezogen. Wir weisen hier auf unsere kritischen Veröffentlichungen im Internet und der Wochenzeitschrift „Wir Bornheimer“ hin. Unsere kritisch solidarische Begleitung des Themas hat uns heftige, vor allem unsachliche Kritik, eingebracht. Die Entwicklung in Deutschland mit ihren Auswirkungen auf Bornheim ist nun an einem Punkt angekommen, wo wir unsere bisherige kritisch solidarische Position in der Sache aufgekündigt haben.

Wir können nicht so weiter machen wie bisher. Das wäre unverantwortlich. Jetzt ist Schluss!

Was hier in Bornheim im Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik abläuft, können wir weder vor unseren Wählern und persönlich auch nicht mehr mit unserem Gewissen vereinbaren.

Wir haben als Ratsmitglieder und sachkundige Bürger einen Eid abgelegt „*Schaden von der Stadt Bornheim abzuwenden und die Gesetze einzuhalten.*“ In der Flüchtlingsproblematik werden Gesetze gebrochen (z.B. [Grundgesetz 16a](#), [Konexitätsprinzip](#), Schengen, Vergaberecht etc.) und es wird der Stadt Bornheim erheblicher finanzieller Schaden zugefügt weil die Zuschüsse vom Bund und Land NRW nach wie vor nicht einmal annähernd kostendeckend sind.

In Bornheim wurden 2 Containeranlagen für ca. 150 Personen (Hersel & Hemmerich) errichtet für die es überhaupt keinen Bedarf gibt. Diese Containeranlagen stehen seit der Errichtung leer. In Sechtem lagern 6 Sanitärcontainer, für die ebenfalls kein Bedarf besteht. Die Verwaltung hat hier Wohnraum auf Verdacht im vorseilenden Gehorsam errichtet. Allein für das Jahr 2016 wurden zusätzliche Mehrkosten für die „Betreuung“ von minderjährigen Ausländern (UMA) 480.000 € genehmigt ohne das der Rat von der Verwaltung über Details informiert zu wurde. Eine beantragte Akteneinsicht der ABB wurde rechtswidrig abgelehnt. Im 2. Nachtragshaushalt 2015/2016 wurden für die Jahre 2016 bis 2019 13,772 Millionen Euro zusätzlich für Flüchtlinge und Wirtschaftsasylanten bereitgestellt, die „aus dem Empfängerkreis des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG, AsylbLG) in andere Leistungsbereiche (Hartz IV) wechseln.“

Die ABB trägt die oben kritisierte „Bornheimer Art der Lösungen“ nicht mit. Wir können in Bornheim diesen Ansturm von Flüchtlingen und Wirtschaftsasylanten nicht mehr bewältigen, vor allem deswegen nicht, weil der Bund und das Land NRW seine Zuschüsse nicht auf 100% erhöht hat und dies seitens der Stadt Bornheim nicht aktiv und mit Nachdruck eingefordert wird. Statt dessen hat der Rat die Grundsteuer B für das Jahr 2017 drastisch erhöht. Weitere Erhöhungen bis zu 79 % gegenüber dem Jahr 2016 sollen bis zum Jahr 2022 in Einzelschritten folgen. In Bornheim wälzt man die finanziellen Auswirkungen der Flüchtlingskrise ungeniert auf die Bürger und Bürgerinnen ab.

Es sind zu viele Menschen die in zu kurzer Zeit zu uns kommen. Wir schaffen es weder diese Menschen geordnet und menschenwürdig unterzubringen, ihnen die notwendige Integrationshilfe zu geben, geschweige denn das alles auch finanziell zu tragen. Zu viele Zuweisungen von Flüchtlingen in zu kurzer Zeit führen zu einer Destabilisierung unser Gesellschaft und zu einer Überlastung unserer Sozialsysteme.

Es wird auch zu Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt kommen, die sich in Lohndumping bei gleichzeitigem unterlaufen der gesetzlichen Mindestlöhne auswirken werden.

- **Wir verlangen die 100 % Kostendeckung durch den Bund und das Land NRW. Das hat auf unser Drängen der Rat der Stadt Bornheim in einer Resolution auch einstimmig beschlossen.**
- **Wir verlangen schnellstmögliche Registrierung und eine konsequente zeitnahe Rückführung abgelehnter Flüchtlinge und Wirtschaftsasylanten in ihre Heimatländer.**
- **Wir fordern die gesetzliche Trennung von Einwanderung (Einwanderungsgesetz) und Asyl.**
- **Wir fordern eine jährliche Obergrenze für Flüchtlinge und Zuwanderer.**
- **Neu Wir fordern einen sparsameren, planvolleren und transparenteren Umgang mit den Steuergeldern der Bürger in der Sache als bisher.**

- **Neu** Wir fordern eine ehrliche, transparente und vollständige Offenlegung aller entstandenen Kosten und der erfolgten Zuschüsse aus Bundes- und Landesmitteln.
- **Neu** Wir fordern die Offenlegung der Gesamtzahl der Flüchtlinge in Zahlen und Nationalitäten (Anerkannte, Geduldete, zurück geführte) seit dem Beginn der Flüchtlingskrise.

Bis auf weiteres werden alle Mitglieder der ABB im Rat und in den Fachausschüssen zum Thema Flüchtlingsunterbringung, Grundstückskäufe, Mieten von Grundstücken und Wohnungen etc. konsequent mit NEIN stimmen.